

Gesundheitliche und soziale Folgen der Prohibition Stand der
Entkriminalisierungsdebatte national-international Regulierungsmodelle nicht
nur in Bezug auf Cannabis

Online 13- Internationaler Akzept Kongress 10.—11. Juni 2021

Barrieren in der Gesundheitsversorgung Drogenabhängiger überwinden

Dr. Ingo Ilja Michels
University of Applied Sciences
Institut für Suchtforschung
Frankfurt am Main/Bonn

Fachbereich 4 Soziale Arbeit und Gesundheit

Im Herbst 2019 erschien ein Themenheft der Zeitschrift *Rausch* (vormals Wiener Zeitschrift für Suchttherapie) zu „Cannabis als Medizin“; im Mai 2021 ein Positionspapier dazu, weil die Umsetzung nicht vorwärtskommt



ISFF Institut für Suchtforschung Frankfurt am Main	
Cannabis als Medizin: Warum weitere Verbesserungen notwendig und möglich sind	
Positionspapier von Wissenschaftler*innen, Ärzt*innen und Politiker*innen	
Autoren	
Prof. Dr. Heino Stöver	Professor für sozialwissenschaftliche Suchtforschung, Frankfurt University of Applied Sciences
Dr. Ingo Ijzä Michels	International Scientific Coordinator, SOLID Projekt, Frankfurt University of Applied Sciences
Prof. Dr. Kirsten R. Müller-Vahl	Fachärztin für Psychiatrie und Neurologie, Klinik für Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Psychotherapie, Medizinische Hochschule Hannover; Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin e.V.
Dr. Franjo Grotenhermen	Zentrum für Cannabismedizin, Steinheim; Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin e.V.
Unterstützter (in alphabetischer Reihenfolge)	
Burkhard Blienert	Mitglied des Deutschen Bundestags (2013-2017), ehemaliges Mitglied des Ausschusses für Gesundheit, Sprecher für Drogen/Sucht, SPD-Fraktion
Dr. Knud Gastmeier	Palliativmediziner und Schmerztherapeut, Potsdam
Dirk Heidenblut	Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit, Sprecher für Drogen/Sucht, SPD-Fraktion
Dr. Ellis Huber	ehemaliger Präsident der Ärztekammer Berlin
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecherin für Drogenpolitik

Der Anbau von Cannabis verzögert sich



Was sich bereits in den Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP von Ende Mai 2020 abzeichnete, ist im August 2020 bestätigt worden (Kleine Anfrage von B90/Grüne vom August): Aufgrund der Corona-Pandemie kam es zu Verzögerungen, die Lieferungen von Medizinalcannabis aus deutschem Anbau an die Cannabisagentur werden daher verschoben. Die Bundesregierung nennt kein konkretes Datum, in 2020 Jahr wird aber laut Hersteller keine Ernte eingefahren.



Neue Entwicklungen in Europa?



EU-Drogenbericht 2021

Drogen-Boom trotz Pandemie

Stand: 09.06.2021 11:33 Uhr

Der heute veröffentlichte EU-Drogenreport zeigt: Das zweite Pandemiejahr tut dem illegalen Handel in Europa keinen Abbruch. Heroin, Crack und Kokain sind auf dem Vormarsch - und auch der Beruhigungsmittelkonsum steigt.

Neue Entwicklungen in Europa?



„Ich bin besonders besorgt über die hochreinen und hochwirksamen Substanzen, die auf unseren Straßen und im Internet erhältlich sind, sowie über die 46 neuen Drogen, die allein im Jahr 2020 in der EU entdeckt wurden“, so EU-Innenkommissarin Ylva Johansson.

09/06/2021

„Mit den neuen EU-Strategien für Sicherheit und Drogenbekämpfung werden unsere Mitgliedstaaten über solide Instrumente verfügen, um dieser Notlage durch einen ausgewogenen Ansatz zu begegnen, bei dem sowohl Drogenmärkte wie auch Drogenkonsum berücksichtigt werden.“

Neue Cannabispolitik in der Umsetzung?

DIE  WELT

Cannabis-Legalisierung rückt näher – ob es der Union passt oder nicht

Veröffentlicht am 10.05.2021

Von Mandoline Rutkowski

Einen Joint rauchen, ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen? Diese Möglichkeit rückt näher

Deutschland steht so nah wie nie zuvor vor einer Legalisierung von Cannabis. Auch der Koalitionspartner SPD wendet sich von der Verbotspolitik der CDU ab. Nach der Bundestagswahl könnte die Union zu entscheidenden Zugeständnissen gezwungen sein.

Was denken Sie, wann wird Cannabis in Deutschland legalisiert?

In 1-3 Jahren	19,2%
In 4-6 Jahren	16,8%
In 7-9 Jahren	8,2%
Später	11,1%
Nie	30,7%
Weiß nicht (Männer Repräsentativ)	14,0%

Befragung: 10.Juni 2021 (Spiegel)

Landtagswahl Baden-Württemberg 14.März 2021



Wir Grüne wollen den Konsum von Cannabis entkriminalisieren und legen dabei großen Wert auf Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz. Auf Bundesebene wollen wir mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit für eine regulierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis in Deutschland schaffen. Im Land wollen wir die Höchstgrenze für den Besitz von Cannabis für den zulässigen Eigenbedarf anheben.

Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, saubere Spritzen auszugeben oder Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Landtagswahl Baden-Württemberg 14.März 2021



Wir haben im Land den ersten Drogenkonsumraum eingerichtet. Dort können Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel konsumieren – unter hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht. Wir wollen Drogenkonsumräume in allen Großstädten etablieren, weil sie eine wichtige Überlebenshilfe für die Betroffenen bieten und den öffentlichen Raum durch Rückgang der offenen Drogenszene und ihrer negativen Begleiterscheinungen entlasten.

Der Pakt für Substitution des Sozialministeriums war ein Meilenstein in der Versorgung von Schwerstabhängigen. Das damit verbundene Monitoring wollen wir gewährleisten, indem wir das Amt einer*eines Landessuchtbeauftragten einrichten.

Landtagswahl Baden-Württemberg 14.März 2021

**NEUE IDEEN
FÜR EINE NEUE ZEIT**

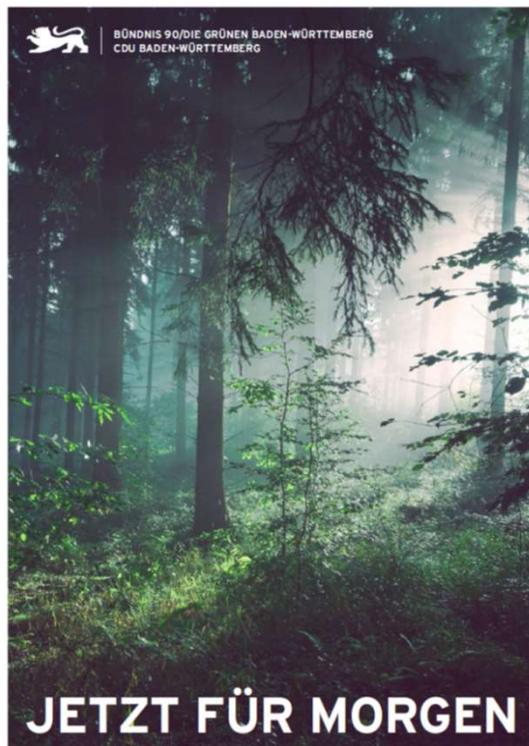
Zu Drogen- und Suchtpolitik:
Nichts!

**Regierungsprogramm der
CDU Baden-Württemberg
zur Landtagswahl 2021**

CDU BaWü



Landtagswahl Baden-Württemberg 14. März 2021



10

Eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik folgt dem Grundsatz Hilfe vor Strafe. **Wir werden uns deshalb in der Justizministerkonferenz für eine bundeseinheitliche Regelung im Hinblick auf die sogenannte „geringe Menge“ bei Cannabis einsetzen.**

Wir setzen uns für **örtliche Präventionsangebote gegen Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum** ein. Insbesondere Jugendliche sollen dabei vor riskantem Alkoholkonsum bewahrt werden.

Die Substitutionsbehandlung ist ein anerkannter und bewahrter Baustein der Suchthilfe, den wir **weiterhin unterstützen** werden.

Auf Landesebene werden wir die **Höchstgrenze der geringen Menge bei Cannabis** im Sinne der §§ 29 Absatz 5, 31a Betäubungsmittelgesetz (BtMG) wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz festlegen.

Wir wollen Angebote zur **individuellen Schadensminderung für Drogenkonsumenten** weiterentwickeln und unterstützen **aufsuchende Programme**, in denen Drogenkonsumenten erreicht und über Risiken aufgeklärt werden sollen. Dabei geht es uns um den Schutz vor Infektionskrankheiten, die Stabilisierung des Gesundheitszustandes und die Verbesserung der sozialen Integration.

Eine **verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik**, die gesundheits-politisch konsequent handelt, bezieht auch die nicht-stoffgebundenen Suchte ein.

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 14. März 2021

Zu Drogen- und Suchtpolitik:
Nichts!

**WIR
MIT
IHR**

FÜR RHEINLAND-PFALZ

**REGIERUNGSPROGRAMM
2021-2026**

SPD
RHEINLAND-PFALZ



Landtagswahl Rheinland-Pfalz 14. März 2021



DAS WAHLPROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN ZUR LANDTAGSWAHL 2021

**AUS TIEFER
VERANTWORTUNG.**

Wir Freie Demokraten werden uns für Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Drogen-, Alkohol- und Gaming-Sucht einsetzen.

Prävention statt Prohibition

Ziel muss es sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. **Es ist an der Zeit, neue Wege in der Suchtprävention bei Cannabis zu beschreiten.** Diese bedürfen aber einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, die durch **wissenschaftlich begleitete Modellprojekte** gewonnen werden kann. Ziel muss es sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. Deshalb fordern wir, die Grundlagen für die Genehmigung von Modellprojekten zur Erforschung der kontrollierten Abgabe ab 18 von Cannabis als Genussmittel zu schaffen und diese Modellprojekte zu ermöglichen. **Generierte Mehreinnahmen sollen in Prävention und Gesundheitsschutz anteilig fließen.** Eine entsprechende Bundesratsinitiative wird von uns befürwortet.

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 14. März 2021



Unser Ziel ist es, dass es 2030 keine Neuansteckungen mit AIDS in Rheinland-Pfalz geben wird. Dabei orientieren wir uns an den Zielen des UN-HIV/AIDS-Programms UNAIDS. Durch eine **Sensibilisierung der Ärzt*innen** wollen wir auch die Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

Mehr Prävention und Aufklärung

Wer abhängig ist, braucht Hilfe – und keine Strafverfolgung. Daher muss das **Hilfs- und Beratungssystem** auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Wir wollen die **niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe** weiter ausbauen. Die Bedingungen des Schwarzmarktes bergen Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen, Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegenzutreten wollen. Ergänzend sollen Substanzenanalysen (Drugchecking) ermöglicht werden, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen. Insbesondere bei großen Festivals wie Rock am Ring oder der NatureOne fordern wir eine **Drug-Checking-Offensive** des Landes. **Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken**, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben. Auch über Spielsucht, Sucht im Alter, Medikamenten- und Medienabhängigkeit muss aufgeklärt werden. Tabakwerbung wollen wir beenden, Alkoholwerbung stärker einschränken.

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 14. März 2021



ZUKUNFTSVERTRAG
RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026



Koalition
des Aufbruchs und
der Zukunftschancen

Drogen- und Suchthilfe modernisieren

Wir wollen die niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau digitaler Beratungsangebote zwingend erforderlich.

Der Konsum birgt Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen, Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegentreten wollen.

Um Gesundheitsrisiken zu reduzieren, prüfen wir als ein Instrument der Schadensminderung die Einführung eines Modellprojektes „Substananalyse von Drogen“.

Wir bekennen uns zur Förderung der Prävention von nichtstoffgebundenen Suchterkrankungen und werden die rheinland-pfälzische Suchtberatung modernisieren. Dazu werden wir ein Förderprogramm neuer Betreuungs- und Unterstützungsformen in der Teilhabe Suchterkrankter auf den Weg bringen.

Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken, insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

Wir prüfen, als Land Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, die Ermittlungen der Fahrerlaubnisbehörden gegen THC-Konsument:innen den Regeln für Alkoholkonsum anzugleichen: Sie sollen erst ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn Konsument:innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

Anhörung im BT Gesundheitsausschuss am 17.05.2021 zu

Mediziner und Kriminologen befürworteten eine veränderte Strategie zur **Eindämmung des Drogenkonsums**. Verbote und die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsumenten haben sich aus Sicht mancher Fachleute nicht bewährt. (...) Die Sachverständigen äußerten sich in schriftlichen Stellungnahmen. (...)

Nach Erkenntnis der **Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)** ist der Nutzen der Strafverfolgung zur Verbesserung der gesundheitlichen Risiken auf der individuellen Ebene bislang unbewiesen. Es sei daher ein wichtiges Instrument der Ermittlungsbehörden, **bei geringen Mengen für den Eigenbedarf von einer Strafverfolgung abzusehen**. Allerdings könnten viele Betroffene ihren Konsum nicht richtig einschätzen und hielten ihn fälschlicherweise für unproblematisch. Es sei daher sinnvoll, **den Verzicht auf Strafverfolgung mit einer Auflage zu verbinden**, etwa eine Suchtberatung aufzusuchen. Der **Verband befürwortet** überdies das sogenannte **Drug-Checking**. Bewährt hätten sich auch **Drogenkonsumräume**. Die DHS forderte außerdem eine umfassende Debatte über die Ziele der Suchtpolitik und regte dazu **eine Enquete-Kommission an**. „**Abschreckung durch Strafandrohung funktioniert nicht gut**“.

Der **Psychiater und Spezialist für Drogentherapien, Prof. Dr. Derik Hermann**, erklärte, die Drogenpolitik bewege sich zwischen den Polen einer strafrechtlichen Verfolgung des Konsums und einer weitreichenden Freigabe. Die **Dekriminalisierung** stelle einen Mittelweg dar, mit dem Portugal gute Erfahrungen gemacht habe. **Portugal habe den Drogenkonsum entkriminalisiert und den Besitz einer definierten, geringen Menge zum Eigenverbrauch aus dem Strafrecht herausgenommen und als Ordnungswidrigkeit eingestuft**. In Deutschland funktioniere der Weg der Abschreckung durch Androhung von Strafen nicht gut, merkte Hermann an. **Die Verfügbarkeit und der Konsum von Drogen seien trotz der Prohibition hoch**. Zudem bilde sich durch den Drogenhandel ein **unkontrollierbarer Schwarzmarkt**. Die personelle Ausstattung der Polizei sei zu gering, um das Verbot von Drogen umfassend durchzusetzen. Daraus resultiere eine **selektive Strafverfolgung**. Hermann sprach sich dafür aus, Prävention, Jugendschutz, Suchtberatung und Behandlungsangebote zu erweitern und besser zu koordinieren. Der Handel mit Drogen müsse aber weiter strafrechtlich geahndet werden.

(Darstellung der Pressestelle des Bundestags)

Koalitionsvertrag Frankfurt/M. 2021 Kommunalwahl 14.März

Frankfurter Weg in der Drogenpolitik

**EIN
NEUES
FRANKFURT
GESTALTEN**

Koalitionsvertrag 2021 - 2026



- Wir stehen entschieden für die Fortentwicklung des Frankfurter Wegs in der Drogenpolitik: Abhängigkeit ist eine Krankheit, Drogennutzer*innen brauchen Hilfsangebote, suchterkrankte Menschen dürfen nicht kriminalisiert, sondern es müssen neue Wege aus und mit der Sucht gefunden werden. Drogenpolitik lässt sich nur sektorenübergreifend denken und weiterentwickeln. So werden wir die verschiedenen Angebote für Menschen mit Suchterkrankungen in den Zuständigkeitsbereichen des Jugend- und Sozialamtes und des Drogenreferates besser miteinander verknüpfen und übergreifend steuern ("Drogenhilfe aus einer Hand") und die Versäulung abbauen. Auch Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression müssen besser verbunden werden. Wir wollen drogenkonsumierende Menschen stärker in die Weiterentwicklung des Frankfurter Weges einbinden. Dazu soll u.a. eine Konferenz mit Betroffenen, Sozialarbeiter*innen und Politik organisiert werden. Mit den umliegenden Kommunen und Kreisen starten wir eine Initiative für einen „Drogenhilfeplan Rhein-Main“ für dezentrale Drogenhilfeangebote wie z.B. Konsumräume. Frankfurt wird sich im Bereich der Drogenpolitik weiterhin an Erfahrungen anderer europäischer Städte wie Zürich, Amsterdam und Lissabon orientieren.

Koalitionsvertrag Frankfurt/M. 2021 Kommunalwahl 14.März

- Im Bereich der Drogenkriminalität investieren wir die Ressourcen in Prävention und Vermeidung von Beschaffungskriminalität und Drogenhandel. Die Kriminalisierung von Drogenkonsum behindert die Arbeit der Drogenhilfe, daher müssen ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen geändert werden. Dafür werden wir uns auf Landes- und Bundesebene einsetzen.
- Wir stärken die aufsuchende Sozialarbeit auf Straßen, Plätzen, B-Ebenen im Bahnhofsviertel und machen sie sichtbarer, auch um das Sicherheitsgefühl der Bewohner*innen und Passant*innen zu erhöhen.
- Die Konsumräume setzen ihre wichtige Arbeit fort, künftig wird rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche ein Konsumraum geöffnet sein. Die aufgrund der Corona-Krise eingeführten erweiterten Öffnungszeiten des Nachtcafés werden wir dauerhaft verlängern.
- Wir schlagen Brücken aus dem Bahnhofsviertel, indem wir Drogenhilfeangebote außerhalb der Innenstadt gezielt durch ganzheitliche und umfassende Angebote für die Abhängigen stärken. Außerhalb des Bahnhofsviertels werden wir zudem ein niedrigschwelliges variables Angebot für riskant und hochfrequent Crack konsumierende Frauen schaffen.
- Wir prüfen, ob künftig Kleinhandel mit Drogen in bestimmten Drogenhilfeeinrichtungen im Bahnhofsviertel geduldet werden soll, um Konsument*innen von der Straße zu holen. In diesem Zusammenhang sind rechtliche Fragen bis hin zu einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu klären.
- Wir wollen medizinisches Cannabis als ein BTM-Medikament etablieren. Wir werden mit weiteren Großstädten ein Netzwerk aufbauen mit dem Ziel, die politischen Forderungen zur Verbesserung der Versorgung mit Cannabis-Arzneimitteln gebündelt zu vertreten und voranzubringen. In Frankfurt wollen wir Modellprojekte zur Versorgung von Patient*innen mit Cannabis-Arzneimitteln und speziell auch für die Behandlung schwerstabhängiger Crack-Konsument*innen auf den Weg bringen. Sie werden wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Die von Gesundheitsdezernat und Drogenreferat initiierten Fortbildungsreihen für Ärzt*innen und Apotheker*innen werden verstetigt und ein regionales Netzwerk zum regelmäßigen Austausch für Ärzt*innen und Apotheker*innen aus Frankfurt und Umgebung etabliert.
- Zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Frankfurt wollen wir ein Modellprojekt etablieren unter Berücksichtigung von Jugendschutzaspekten. Die regulierte Abgabe hätte das Potenzial, die Verbraucher*innen zu schützen, die Justiz zu entlasten und den illegalen Drogenhandel zu reduzieren.

Koalitionsvertrag Frankfurt/M. 2021 Kommunalwahl 14.März

- Zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Frankfurt wollen wir ein Modellprojekt etablieren unter Berücksichtigung von Jugendschutzaspekten. Die regulierte Abgabe hätte das Potenzial, die Verbraucher*innen zu schützen, die Justiz zu entlasten und den illegalen Drogenhandel zu reduzieren.
- Wir wollen ein Pilotprojekt Drug-Checking mit städtischen Stellen zur Überprüfung von Drogen für Konsument*innen ohne Polizeirepression einführen. Dies schützt das Selbstbestimmungsrecht des Menschen und verringert die gesundheitlichen Risiken. Im Rahmen des TEDI (Trans European Drug Information)-Projekts würde die Vernetzung des Modellprojekts in Frankfurt am Main durch die EMCDDA gefördert. Auch sollen im Rahmen des Modellprojekts Drogenprüfstände vor Technoclubs oder anderen szeneeüblichen Clubs aufgestellt werden, um die Sicherheit innerhalb der Partyszene zu verbessern.
- Die niedrigschwellige gesundheitliche Versorgung für suchterkrankte Menschen werden wir ausweiten und über die Wundbehandlung hinaus auch psychologische oder psychiatrische Angebote etablieren. Die als Corona-Schutzmaßnahmen auch auf der Straße zusätzlich eingeführte humanitäre Sprechstunde und die niedrigschwellige Substitution und Heroingabe auch für Nicht-Versicherte werden dauerhaft verlängert.
- Wir entwickeln ein Projekt, das Hilfen für akut drogenkonsumierende suchtkranke Menschen und psychiatrische Versorgung integriert und dabei Abstinenz nicht zur Voraussetzung macht.
- Wir gehen auf das hessische Justizministerium zu mit dem Ziel, haftentlassene Drogennutzer*innen mittels vernetzter medizinischer und sozialer Hilfen direkt aufzufangen.
- Für die medizinische, pflegerische und sozialarbeiterische Versorgung von älteren, chronifiziert drogenabhängigen, multimorbid erkrankten und pflegebedürftigen Menschen, die (noch) akut konsumieren, schaffen wir eine niedrigschwellige Modelleinrichtung mit Wohngruppen und einer Krankenstation zur medizinische Akutversorgung.

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 6.6.21

Landtagswahlprogramm 2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

WAHLPROGRAMM

Landtagswahl 2021

Suchtberatungen ausbauen. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Ein **niedrigschwelliges Angebot** von Suchtberatung und Hilfestellen hat sich vielerorts bewährt. (...)

Seit Jahren ist vor allem bei Drogen gebrauchenden Menschen ein **besorgniserregender Anstieg mit HIV-Infektionen** zu beobachten. Wir wollen Drogenkonsum von der Straße holen. In einem Modellprojekt wollen wir neben der Betreuung von drogengebrauchenden Menschen durch Sozialarbeiter*innen auch die **Errichtung eines Drogenkonsumraumes** erproben. Durch die **Schaffung eines hygienischen Umfeldes** können medizinische Folgeschäden des Drogenkonsums und Todesfälle drastisch reduziert werden. Für die dauerhafte Einrichtung dieser Hilfe bedarf es einer Gesetzesänderung.

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 6.6.21



**REGIERUNGSPROGRAMM
DER CDU SACHSEN-ANHALT
ZUR LANDTAGSWAHL
AM 06. JUNI 2021**

Beschlossen auf dem außerordentlichen 30. Parteitag der
CDU Sachsen-Anhalt am 27.03.2021 in Magdeburg

Die Beratungslandschaft, gemeinsam mit den Trägern, qualifizieren und den Bedarfen anpassen: Das Land Sachsen-Anhalt verfügt über ein reichhaltiges Angebot an unterschiedlichsten Beratungsangeboten. Das Land wird sich weiter an der Finanzierung dieses Angebots beteiligen. Besonders wichtig sind uns dabei die Selbsthilfeorganisationen und -gruppen.

...zu Sucht-/Drogenpolitik: -



Landtagswahl Sachsen-Anhalt 6.6.21



Projekte zur Prävention von
Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit
und Angebote der Suchtberatung



Landtagswahl Sachsen-Anhalt 6.6.21



Nichts zu Drogen- und Sucht.



Landtagswahl Sachsen-Anhalt 6.6.21



Besser **DIE LINKE.**

Wahlprogramm für die Landtagswahl
in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021

Prävention statt Kriminalisierung: DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten. Damit gehen für uns einher die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen sowie die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.

Wichtige Entscheidung der UN



FOR IMMEDIATE RELEASE

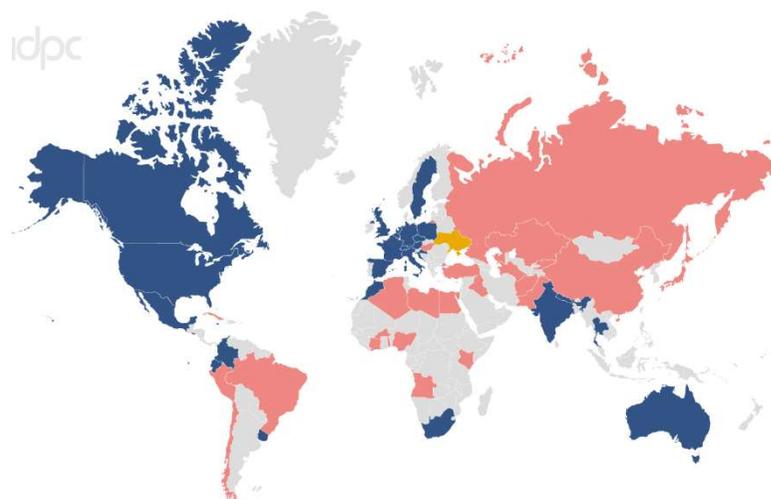
UN green lights medicinal cannabis but fails to challenge colonial legacy of its prohibition

Vienna, 2 December 2020.

- In a historic vote, the United Nations (UN) has finally recognised the medicinal value of cannabis.
- A group of prominent drug policy organisations has welcomed the move, but also expressed disappointment that this reform does not go far enough, as cannabis remains categorised internationally alongside drugs like heroin and cocaine.
- The review was revisiting cannabis scheduling decisions made in the 1950s, which were driven by prevailing racist and colonial attitudes, and not based on scientific evaluations. This has remained unchallenged.

After two years of fractious debate, today in Vienna the UN Commission on Narcotic Drugs (CND) voted to remove cannabis from Schedule IV of the 1961 Single Convention on Narcotic Drugs, which is reserved for controlled substances with limited or no therapeutic benefit. By doing so, the UN finally acknowledges the therapeutic value of cannabis, thus strengthening the international imperative for ensuring access to cannabis-based medicines. This is welcome news for the millions of people who use cannabis for therapeutic purposes and reflects the reality of the growing market for cannabis-based medicinal products.

Although welcoming the removal from Schedule IV, drug policy experts expressed serious concerns that cannabis will remain in Schedule I of the 1961 Single Convention on Narcotic Drugs, maintaining it under the same strict controls as heroin and cocaine. Following the first-ever scientific review of cannabis by the World Health Organisation (WHO) in 2018, some limited rescheduling of cannabis was recommended, but removing it from Schedule I was not part of the [package](#) despite the WHO's own finding that cannabis was less harmful than most other drugs in that schedule.



REMOVAL OF CANNABIS FROM SCHEDULE IV VOTE AT THE CND 63RD SESSION (RECONVENED)

27 Member States out of the 53 members of the Commission voted to remove cannabis from Schedule IV of the 1961 Single Convention on Narcotic Drugs. This formal, and long overdue, recognition of the medical usefulness of cannabis (including in herbal form) should facilitate much-needed medical provision and further research.

YES ✓

- | | | |
|-------------------|------------------|--------------------|
| 1. Australia | 11. Germany | 21. Spain |
| 2. Austria | 12. India | 22. Sweden |
| 3. Belgium | 13. Italy | 23. Switzerland |
| 4. Canada | 14. Jamaica | 24. Thailand |
| 5. Colombia | 15. Mexico | 25. United Kingdom |
| 6. Croatia | 16. Morocco | 26. United States |
| 7. Czech Republic | 17. Nepal | 27. Uruguay |
| 8. Ecuador | 18. Netherlands | |
| 9. El Salvador | 19. Poland | |
| 10. France | 20. South Africa | |

NO ✗

- | | | |
|------------------|----------------|------------------|
| 1. Afghanistan | 10. Cuba | 19. Nigeria |
| 2. Algeria | 11. Egypt | 20. Pakistan |
| 3. Angola | 12. Hungary | 21. Peru |
| 4. Bahrain | 13. Iraq | 22. Russia |
| 5. Brazil | 14. Japan | 23. Togo |
| 6. Burkina Faso | 15. Kazakhstan | 24. Turkey |
| 7. Chile | 16. Kenya | 25. Turkmenistan |
| 8. China | 17. Kyrgyzstan | |
| 9. Côte d'Ivoire | 18. Libya | |

ABSTENTION ∅

- | |
|------------|
| 1. Ukraine |
|------------|

Commission on Narcotic Drugs (CND) 2021

Statement by Cornelis P. de Joncheere, President of the International Narcotics Control Board 12 April 2021

Even in the face of the constantly shifting contours of the world drug problem, the three international drug control conventions have proved their value as the cornerstones of international cooperation in drug policy. (...) Demand for illicit drugs continues to be of concern throughout the world. The conventions require States parties to take measures for the prevention of drug use and for the treatment, rehabilitation and social reintegration of people affected by drug problems but many Governments have not yet given enough priority to this issue. (...) Universal adherence to the three international drug control treaties is undermined by developments in a number of countries that have legalized or permitted the use of cannabis for non-medical purposes.

Statement by Director-General/Executive Director of UNODC Ghada Waly 12 April 2021

We celebrate 50 and 60 years of the 1961 and 1971 international drug control conventions respectively.

Statement by Dr Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General WHO 12 April 2021

WHO, through the Expert Committee on Drug Dependence, provides scientific and medical expertise to identify substances that should be considered for control, using the criteria set out in each of the Conventions. (...) In line with the goals of the conventions and UNGASS 2016, WHO supports countries to provide education, prevention, harm reduction, treatment and rehabilitation to address harmful drug use, drug use disorders and related health conditions.

UNAIDS statement by Ninan Varughese 12 April 2021

The new Global AIDS Strategy calls to intensify and redouble efforts to scale up comprehensive harm reduction for people who inject drugs in all settings, including needle-syringe programmes, opioid substitution therapy, naloxone for treating opioid overdose, interventions for alcohol and noninjecting drug use, as well as prevention, diagnosis and treatment of TB and viral hepatitis, community-led outreach and psychosocial support.



Kontakt: ingoiljamichels@gmail.com

